Junge Erwachsene in Regensburg

Valentin Goppel

Die Generation Angela

BUNDESTAGSWAHL Fast drei Millionen junge Deutsche dürfen erstmals ihre Stimme abgeben. Für sie ist die Kanzlerin die Frau, die immer da war. Wie hat sie das geprägt, was treibt sie um, was erwarten sie?

Die zehn jungen Menschen, die in diesem Text zu Wort kommen, sind zwischen 18 und 21 Jahre alt, sie sind Schülerinnen und Schüler, sie studieren Psychologie oder Design, lernen Mechatroniker oder haben die Ausbildung zum Bäcker abgebrochen, und sie alle sind: Erstwählerinnen und Erstwähler.

2,8 Millionen Frauen und Männer haben am 26. September zum ersten Mal die Möglichkeit, darüber abzustimmen, wer in den Bundestag einzieht, das entspricht etwa 4,6 Prozent der Wahlberechtigten. Es sind junge Menschen, die unter der Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgewachsen sind. Seitdem sie Politik wahrnehmen, ist da diese unaufgeregte Frau an der Regierungsspitze.

Die Erstwählerinnen und Erstwähler sind groß geworden in einem vergleichsweise satten Land, in einer Zeit, die in den vergangenen Jahren politisch geprägt war von der Flüchtlingskrise, von Donald Trump, dem Brexit und natürlich dem Klimawandel, weshalb Hunderttausende junge Menschen auf die Straße gingen. An den Fridays for Future demonstrierten sie für Umweltschutz und entdeckten womöglich das Gefühl, etwas bewegen zu können.

Dann kam Corona und nahm ihnen einen Teil ihrer Freiheit, ihres Alltags. Sie wussten plötzlich nicht mehr, wie sie ihre nächste Prüfung schreiben, ob sie für einen Job ins Ausland gehen können, wie ihr erstes Semester an der Universität abläuft. Sie müssen spätestens jetzt erkannt haben, dass politische Entscheidungen ihr Leben lenken.

Die jüngste Shell-Jugendstudie von 2019 trägt den Untertitel »Eine Generation meldet sich zu Wort«. Weil die jungen Leute wieder nachdrücklicher eigene Ansprüche formulieren, wie unsere Gesellschaft in Zukunft gestaltet werden soll. Weil sie fordern, »dass bereits heute die dafür erforderlichen Weichenstellungen vorgenommen werden«, wie es in der Studie heißt.

Republik 21 Vor der Bundestagswahl im September widmet sich der SPIEGEL den großen Fragen unserer Zeit. Hier: **Welche Gesellschaft wollen wir?**

Es ist eine Generation, die oft online ist, fast ständig erreichbar. Das Internet ist ihre wichtigste Informationsquelle zu politischen Themen: Nachrichten-Websites, YouTube, Instagram, TikTok. Ein Umstand, mit dem die Politik noch schlecht umgehen kann. Armin Laschet, Kanzlerkandidat der CDU, hatte auf einen Talk für junge Menschen auf YouTube keine Lust. Olaf Scholz, Bewerber der SPD, hatte auf TikTok keine Antwort auf die Frage, welchen Rapper er bevorzuge: Capital Bra oder Kollegah. Annalena Baerbock, die Kandidatin der Grünen, postet auf Instagram gern Fotos mit älteren Damen und Herren.

Wie wird die Jugend wählen? In einer Forsa-Umfrage vom Juni 2020 gaben 42 Prozent der Erstwählerinnen und Erstwähler an, sich für die Grünen zu entscheiden, die Union kam auf 24 Prozent, die FDP auf 4. Ein Jahr später ergab die »Teengeist«-Umfrage der Kommunikationsagentur Fischer-Appelt ein anderes Bild: Bei den 16- bis 24-Jährigen erreichte die CDU/CSU 26 Prozent, die Grünen 20, die FDP 14.

Der Politikwissenschaftler Arndt Leininger von der Technischen Universität Chemnitz sagt, Erstwähler seien flexibel bei der Entscheidung, wer ihre Stimme erhalten soll, würden von Partei zu Partei springen. Die jungen Leute hätten nicht mehr »die Vorprägung, dass SPD und CDU die Volksparteien sind, um die alles kreist, sie gucken offener auf die Parteienlandschaft«. Auch der sogenannte Traditionstransfer – Kinder wählen wie ihre Eltern – nehme ab. Wichtiger sei, ob die Parteien mit ihrem Programm und ihren Kampagnen einen Bezug zur Alltagswelt junger Menschen herstellen könnten.

Wer sind die Frauen und Männer, die jetzt zum ersten Mal wählen dürfen, was bewegt sie? Wie blicken sie auf die Politik, die Zukunft? Was erwarten sie? Der SPIEGEL hat mit zehn von ihnen gesprochen. Sie stehen stellvertretend für die Jahrgänge 1999 bis 2003, für die Generation Angela.

Marvin Heßeler, 20,
Auszubildender aus Düren, bekam Post von der AfD.

Anfang August lag das Schreiben im Briefkasten, adressiert an ihn persönlich: Herrn Marvin Heßeler. Absender war die Alternative für Deutschland, Kreisverband Düren. Heßler dachte: Was soll das jetzt? So erzählt er es.

Heßeler öffnete den Umschlag und las. Deutschland sei im Wandel, hieß es in dem Brief, aber niemand habe den Bürger gefragt, ob er den Wandel auch wolle. Deshalb solle er, Heßeler, sich eine Reihe von Fragen stellen. Die erste Frage laute: »Fühlst Du Dich wohl, wenn Du nachts rausgehst?« Eine weitere: »Glaubst Du, dass man seine Meinung in Deutschland frei äußern darf?« Eine andere: »Fühlst Du Dich von der Polizei noch gut be-

Marvin Heßler / Privat

schützt?« Solch ein Brief war an alle Erstwählerinnen und Erstwähler in der Region gegangen. Heßeler las: »Wenn Du sagst, diese Dinge könnten anders laufen, könnten wir zusammenpassen.«

Marvin Heßeler hat die Gesamtschule nach der zehnten Klasse mit dem Hauptschulabschluss verlassen, war danach eine Weile arbeitslos. Er ist Fan von Borussia Dortmund, ansonsten spielt er viel am Computer, entweder »Fifa 21« oder »Apex Legends«, einen Ego-Shooter. Seit acht Jahren beschäftige er sich mit Datenverarbeitung als Hobby, sagt er, darum habe er sich um Jobs beworben, die irgendwie mit IT zu tun hatten. »Aber ich hatte mit meinem Abschluss null Chance. Die Leute haben nicht an einen wie mich geglaubt.« Inzwischen absolviert er eine Lehre zum Energie- und Gebäudetechniker, er verdiene 410 Euro netto im Monat. »Reicht nicht zum Leben«, sagt Heßeler.

Olaf Scholz hält er nicht für wählbar. Die SPD habe in der Großen Koalition »nur Scheiße gebaut«, und Scholz sei mitverantwortlich für den Wirecard- und den Cum-Ex-Skandal. Armin Laschet? »Unglaubwürdig und inkompetent.« Wenn er daran denke, dass Laschet nach der Flutkatastrophe in Anzug und feinen Schuhen zwischen Menschen gestanden habe, die mit der Schaufel in den Ruinen ihrer Häuser gruben – »nee, das ist nicht mein Typ«. Die Grünen sind ihm zu realitätsfern.

Und die AfD? Heßeler fotografierte den Brief mit dem Handy ab, schwärzte auf dem Foto seinen Namen und seine Anschrift und postete das Bild auf Twitter. Dazu schrieb er:

Ich muss glaube kotzen.

Die afd bei uns schickt jedem Erstwähler ein persönlichen brief.

Woher habt ihr meine daten @AfDdn ich möchte von eurer Verfassungswidrigen drecks partei nix wissen.

Schürt woanders ängste um Wähler zu machen ihr dorfdeppen

Mit ein paar Suggestivfragen kriegt man ihn nicht. »Ich bin ja nicht blöd.« Er werde die FDP wählen, sagt Marvin Heßeler. Zwar höre er von seinen Freunden, das sei eine Bonzenpartei, aber er sehe das anders. »Keine Partei will Menschen mit geringeren Einkommen mehr entlasten als die Linke und die FDP.« Den Brief der AfD habe er in den Müll geworfen.

Ricarda Günther, 21,
Hauswirtschafterin aus Lautersheim, meint, der Mindestlohn dürfe nicht weiter steigen.

»Ich arbeite auf dem Gutshof meiner Eltern, in einem Dorf mit 650 Einwohnern. Wir haben 40 Pferde, es gibt eine Reitschule, wir vermieten acht Ferienwohnungen. Aber unser Hauptstandbein ist die Großküche. Wir kochen für Kitas und Schulen, jeden Tag bereiten wir 700 Essen zu. Ich habe 2017 das Abitur gemacht, dann Hauswirtschafterin gelernt. Ein schöner Beruf. Leider ist er in der Gesellschaft nicht sehr angesehen. Nach der Lehre habe ich begonnen, Ernährungs- und Versorgungsmanagement zu studieren. Ich dachte, das muss so sein, weil halt jeder, der Abitur hat, studiert. Nach acht Wochen war Schluss. Ich hatte gemerkt: Die ganze Zeit rumsitzen, das ist nichts für mich. Ich wollte anpacken. Jetzt mache ich meinen Meister.

Mein Tag beginnt um sieben Uhr, dann füttere ich im Stall die Pferde. In den Ferien, wenn Reitunterricht stattfindet, miste ich aus und kümmere mich um alles, was anfällt. In der Schulzeit arbeite ich vormittags in der Küche. Nachmittags bin ich immer bei den Tieren. Feierabend ist gegen 19 Uhr.

Ich bin im Vorstand der Landjugend RheinhessenPfalz und sitze bei uns im Ortsgemeinderat. In die große Politik zu gehen kommt nicht infrage. Da würde mir das Zwischenmenschliche fehlen. Viele Bundestagsabgeordnete sind Juristen oder Lehrer – das finde ich schwierig. Die können sich nicht vorstellen, wie normale Menschen leben.

Mir ist die Entwicklung des ländlichen Raums wichtig. Wir brauchen einen Netzausbau. Während des Lockdowns haben wir wieder gemerkt, wie schlecht das Internet hier ist. Dann die Verkehrsanbindung: Busse fahren in unserer Gegend selten. Was für junge Leute nicht optimal ist, wenn man keinen Führerschein hat.

Von der Politik erwarte ich, dass sie mehr dafür tut, damit sich Kinder gesünder ernähren. Wir haben in unserer Küche einen hohen Preisdruck. Wir versuchen, frische Zutaten aus der Region zu kaufen, aber weil wir pro Mahlzeit nur anderthalb Euro für Lebensmittel ausgeben können, ist das nicht ein-

Maik Großekathöfer / DER SPIEGEL

fach. Ich zähle mich politisch eher zum konservativen Sektor. Unseren Hof werde ich später erben, das ist ein Privileg. Nun könnte man meinen, wer sich ins gemachte Nest legt, muss mehr Steuern zahlen, sonst sei das ungerecht. Aber ich fände es falsch, die Erbschaftsteuer zu erhöhen oder die Vermögensteuer einzuführen. Ich habe zwei Geschwister, die ich auszahlen muss, wenn ich den Hof übernehme. Und der Hof kostet jeden Tag Geld, macht ständig Arbeit, die Pferde wollen auch sonntags gepflegt werden.

Manche Dinge betrachte ich aus der Sicht einer Arbeitgeberin. Die Erhöhung des Mindestlohns zum Beispiel. Wenn jemand wirklich etwas leistet, dann soll er oder sie dafür angemessen bezahlt werden. Aber ein Betrieb kann es sich nicht leisten, jemandem zwölf Euro die Stunde zu zahlen, der – in Anführungsstrichen – nur fegt. Das rechnet sich nicht. Das erhöht die Kosten und damit unsere Preise, was eventuell Kunden abschreckt. Dann fege ich lieber selbst.«

Tom Kewald, 18,
Schüler aus Marburg, kämpft gegen das Wahlrecht nur für Erwachsene.

Tom Kewald / Privat

SPIEGEL: Im März, bei den Kommunalwahlen in Hessen, durften Sie noch nicht wählen, weil Sie noch nicht volljährig waren. Bei der Bundestagswahl dürfen Sie nun mitmachen.
Kewald: Als ob am 18. Geburtstag ein Schalter umgelegt würde und man erst dann ein verantwortungsbewusster Mensch ist.
SPIEGEL: Sie haben Klage beim Verwaltungsgericht in Gießen eingereicht und wollen das kommunale Wahlrecht ab 16 Jahren erstreiten. Als ersten Schritt. Wieso ist 16 besser als 18?
Kewald: Wählen ist das grundlegendste Recht in der Demokratie. Auch junge Menschen müssen mitbestimmen können, wer die Entscheidungen trifft. Es gibt kein Argument, warum man Minderjährige von der Wahl ausschließen sollte.
SPIEGEL: Irgendwo muss die Grenze liegen, ab wann man was darf. Das ist bei vielen Dingen so. Beim Biertrinken, beim Autofahren.
Kewald: Jemandem das Wahlrecht zu entziehen ist nur zulässig, wenn ihr oder ihm die erforderliche Reife und Vernunft fehlen. Es gibt aber viele Studien, die belegen, dass 16- und 17-Jährige die notwendige Reife besitzen.
SPIEGEL: Aber nicht alle.
Kewald: Ein Argument, das ich oft höre: dass hauptsächlich Gymnasiasten das politische Interesse mitbrächten, das notwendig sei, um eine Wahlentscheidung zu treffen. Es gibt aber auch in den höheren Altersklassen Menschen, die weniger gebildet sind und denen Politik völlig egal ist. Die dürfen trotzdem ihre Stimme abgeben. Glücklicherweise hängt das Wahlrecht nicht vom Schulabschluss ab.
SPIEGEL: Welche Themen interessieren Sie?
Kewald: Mir ist Bildung sehr wichtig. Bei uns in der Schule stehen immer noch Overheadprojektoren. Im ersten Lockdown waren unsere Lehrer komplett hilflos, ich habe mich gefühlt, als hätte ich die ganze Zeit Ferien. Im zweiten Lockdown haben wir dann wenigstens eine Onlinelernplattform bekommen.
SPIEGEL: Was müsste sich ändern?
Kewald: Digitale Medienkompetenz sollte im Lehramtsstudium vermittelt werden, und es muss verpflichtende Fortbildungsangebote geben. Es ist doch unfair, wenn Schüler von Lehrkräften ausgebildet werden, die mit digitalen Medien nicht umgehen können.

Jana Schneider, 19,
Schachspielerin aus Aschfeld, setzt auf den Wahl-O-Mat.

Sie ist weder auf Instagram noch auf Facebook oder TikTok. Soziale Medien sind für sie »totale Zeitfresser«. Jana Schneider sagt, dass sie die »Tagesschau« gucke und manchmal die »Main-Post« lese, die ihre Eltern abonniert hätten. Sie studiert im vierten Semester Psychologie und spielt in jeder freien Minute Schach. Ihr Vater hat es ihr beigebracht, als sie vier Jahre alt war.

Zu Hause auf der Terrasse liegen Fliesen im Schachbrettmuster, Schneider hüpfte als Kind über die Felder, um zu verstehen, wie sich die Figuren bewegen. Mit sechs Jahren spielte sie im Verein, mit sieben nahm sie zum ersten Mal an der deutschen Meisterschaft teil. Sie gewann später den Titel bei den Mädchen und den Frauen, wurde Zweite bei der Jugendeuropameisterschaft. Sie sagt, sie könne sich ein Leben ohne Schach nicht vorstellen.

Wenn sie über die Bundestagswahl spricht, klingt sie weniger enthusiastisch. Sie sagt, sie wisse noch nicht, wen sie wählen werde.

Jana Schneider will sich die Wahlprogramme anschauen und den Wahl-O-Mat nutzen. Der Wahl-O-Mat ist ein Programm der Bundeszentrale für politische Bildung. 38 Thesen werden vorgestellt, man bewertet sie mit »stimme zu«, »stimme nicht zu«, »neutral«. Es ist möglich, Thesen zu überspringen und zu gewichten. Am Ende sagt der Computer,

Edin Pezerovic

mit welcher Partei es die größte Übereinstimmung gibt. Jana Schneider hofft, dass ihr der Wahl-O-Mat bei der Entscheidung hilft, wem sie ihre Stimme gibt.

Sie hat vier jüngere Geschwister und wünscht sich, dass sich die Politik mehr für Familien einsetzt, gerade in der Pandemie. Die Regierung könnte sie finanziell besser unterstützen und Vorgaben für flexiblere Arbeitszeiten machen, wenn Eltern ihre Kinder betreuen müssen.

Manchmal verstehe sie die Politikerinnen und Politiker nicht und auch nicht die Parteien. Warum haben CDU und CSU so lange gebraucht, um sich auf einen Kanzlerkandidaten zu einigen? Und warum gibt es kein Tempolimit auf deutschen Autobahnen – in anderen Ländern aber schon? Sie hat eine klare Meinung zur Flüchtlingspolitik: Es wäre falsch, Menschen in Not nicht aufzunehmen.

Im Großen und Ganzen, findet sie, laufe es in Deutschland ganz gut. Man könne es ohnehin nicht allen recht machen.

Jonathan Röglin, 18,
Abiturient aus Bennewitz, will strategisch wählen.

»Das Gehalt von Managern soll an die BH-Größe gekoppelt werden – das hat Die Partei vor vier Jahren vorgeschlagen, glaube ich. Natürlich ist das nur ein Witz, aber irgendwie spricht mich das an. Ich kenne einige in meiner Altersgruppe, die Die Partei wählen wollen, und auch ich denke darüber nach. Die Reden von Martin Sonneborn sind ja schon amüsant. Aber wahrscheinlich wähle ich Die Linke. Die setzen sich wenigstens für die kleinen Leute ein, die am meisten darunter leiden, wenn Benzin oder Heizung teurer werden.

Die CDU kann man gar nicht wählen, Armin Laschet tritt in ein Fettnäpfchen nach dem anderen – zum Beispiel sein Auftritt mit Elon Musk. Andreas Scheuer versenkt Millionen, und Anja Karliczek tut nichts für die Studierenden. Ich denke, ich muss strategisch wählen. Würde ich der SPD oder den Grünen meine Stimme geben, könnte auch eine Koalition mit der FDP zustande kommen, und das will ich nicht. Politik für Reiche zu machen, finde ich falsch. Ich würde mich selber als

links bezeichnen, kann das hier aber nicht so zeigen. In meiner Heimatregion gibt es relativ viele Rechte. Wenn die sehen, dass ich bei einer Linkendemo mitlaufe, verfolgen sie mich bis nach Hause oder schlagen mein Moped kaputt.«

Noah Mickelun, 20,
Auszubildender aus Hamburg, kann sich mit keiner Partei richtig identifizieren.

Als er Philipp Amthor bei Twitch gesehen habe, sei ihm übel geworden, sagt er. Der CDU-Bundestagsabgeordnete mit Gamern im Livestream – »cringe«, sagt Noah Mickelun, einfach nur peinlich. Es hat ihn noch weiter weggebracht von der Partei, die er verabscheut wie die AfD. Die CDU dürfe nicht weiterregieren, sagt Mickelun, sie sei zu rückständig, zu reaktionär, verantwortlich für »zu viele Corona-Downs«.

Mickelun gehört zu den Abiturienten, die im ersten Lockdown für die Prüfungen lernen mussten und kaum feiern durften. Er wollte seinen Abschluss – Notenschnitt 1,7 – mit Work & Travel krönen, ins Ausland reisen, aber wegen Corona blieb er in Hamburg hängen und lieferte Sushi aus. Studieren in der Pandemie, Vorlesungen vor dem Rechner? »Das war nicht der Vibe.«

Mickelun ist Autofreak. Das hat er von seinem Vater und der wiederum von seinem. Er will Autos verstehen und hat im August mit einer Ausbildung zum Mechatroniker begonnen. Was er danach macht, ist offen.

Angela Merkel fand er als Repräsentantin für Deutschland »sympathisch und überzeugend«, er sieht in ihr aber weder ein Vorbild noch jemanden, den er für Missstände verantwortlich machen würde. Denn niemand treffe alle Entscheidungen allein.

Es sei ein »tolles Gefühl«, jetzt wählen zu dürfen – mitzubestimmen, mitzulenken. »Ich sehe Wählen als meine Pflicht an.« 2017 beteiligten sich von den 18- bis 20-jährigen Wahlberechtigten nur 69,9 Prozent, bei den 60- bis 69-Jährigen waren es 81 Prozent. Noah Mickelun sagt: »Die Alten bestimmen, wie wir Jungen leben.« Das nerve ihn.

Noah Mickelun / Privat

Hundertprozentig identifizieren könne er sich mit keiner Partei, sagt er. Es gehe in Deutschland sowieso nur darum, das kleinere Übel zu wählen. Die SPD wisse nicht, was sie wolle; die Grünen hätten »megagute Ideen«, seien aber zu unstrukturiert. Er findet, die Grünen wären der ideale Juniorpartner in einer Regierungskoalition. Er will noch mal das Programm der Linken lesen, aber am ehesten sagen ihm wohl die Liberalen zu.

Das könnte an Christian Lindner liegen. Mickelun gefällt, wie Lindner mit jungen Leuten spricht. »Er gibt mir das Gefühl, er ist bei mir.« Lindner turne zwar auch auf Twitch herum, aber das könne man gerade noch aushalten.

Jonas Venediger, 18,
Fridays-for-Future-Aktivist aus Bitterfeld, sind die Grünen zu angepasst.

Gregor Wünsch

»Ich will keine Kinder. Ich könnte es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, sie in diese Welt zu setzen. Wenn wir das Klima nicht besser schützen, wird es in den nächsten Jahren noch mehr Überschwemmungen und Waldbrände mit noch mehr Toten geben. Ich esse kein Fleisch und bin noch nie in meinem Leben geflogen. Ich habe auch nicht vor, es jemals zu tun. Ich muss nicht nach Australien oder Südamerika reisen. Und Europa kann ich mit dem Zug oder Fernbus entdecken. Wir brauchen einen Systemwandel in Deutschland: RWE stößt so viel CO_2 aus wie kein anderes Unternehmen in Europa.

Ich fordere von der zukünftigen Koalition, dass sich Deutschland als Vorreiter für Klimagerechtigkeit in Europa durchsetzt. Wir müssen so schnell wie möglich aus der Kohleenergie raus, den öffentlichen Nah- und Fernverkehr stärken und die erneuerbaren Energien ausbauen. Selbst die Grünen haben viel zu lasche Vorstellungen vom Klimaschutz, und ich fürchte, wenn sie mit der Union koalieren, werden sie alle Ideale über Bord werfen, faule Kompromisse eingehen und die Wählerinnen und Wähler verraten.

Ich vertraue den Unionspolitikern nicht. Merkels linksliberale CDU war mehr Schein als Sein. Das ist mir immer dann aufgefallen, wenn die CDU bei der Klimapolitik antiprogressiv gehandelt hat. Die haben ja schon bewiesen, dass sie das Klima nicht schützen. Warum sonst zögert Armin Laschet den Kohleausstieg so weit raus? Warum hält er daran fest, dass Windkrafträder in Nordrhein-Westfalen mindestens einen Kilometer von Siedlungen entfernt stehen müssen, obwohl es Kohlekraftwerke gibt, die viel näher dran sind? Warum baut Markus Söder nicht mehr Wind- und Solaranlagen in Bayern? Ich habe mich gefragt, ob eine neue, radikalere grüne Partei etwas ändern könnte, aber ich glaube, sie würde sich auch nur in das System einfügen müssen. Ich weiß deshalb auch noch nicht, wen ich wählen werde, aber gar nicht zu wählen ist keine Option.

Ich habe die Fridays-for-Future-Gruppe in Bitterfeld gegründet. Klimaschutz ist bei den jungen Leuten hier leider noch nicht so richtig angekommen. Dabei sind viele Böden und Gewässer wegen der alten Industrieanlagen verseucht. Es gibt einen Begriff dafür: das Bitterfeld-Syndrom. Doch die Jugendlichen haben andere Probleme, sie konzentrieren sich auf die Schule, um so schnell wie möglich von hier wegzukommen. Hier gibt es nicht viel, wir haben nicht mal ein Kino.

Ich bin nach der zehnten Klasse vom Gymnasium runter, weil mir Mathe nicht lag. Ich habe eine Ausbildung zum Bäcker begonnen, aber wieder abgebrochen. Mein Freiwilliges Soziales Jahr ist gerade zu Ende gegangen, und ich fange jetzt mit dem Fachabi an. Gerade bin ich in Halle bei einem Klimacamp. Wir zelten und reden mit den Menschen über eine bessere Welt. In einer idealen Welt gäbe es Klima- und soziale Gerechtigkeit, es wäre eine Welt ohne Faschismus, ohne Antisemitismus und Rassismus. Eine Welt ohne Hass. Aber so eine Welt wird es nie geben.«

Bendix Mansfeld, 18,
Abiturient aus Hamburg, hat die Wahlprogramme aller Parteien gelesen.

Aufgewachsen ist er in einer Gegend mit Einzelhäusern aus rotem Backstein, ein Jahr lang ging er auf ein Internat in England, seine Mutter ist Geschäftsfrau, sein Vater Anwalt, sein Bruder studiert. Bendix Mansfeld ist gerade in die zwölfte Jahrgangsstufe aufgerückt, hat PGW als Abiturprüfungsfach gewählt; PGW steht für Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Im ersten Halbjahr der elften Klasse standen Wirtschaftstheorien auf dem Lehrplan, im zweiten Halbjahr das parlamentarische System der Bundesrepublik. Keine Frage, dass er wählen wird.

Die »Tagesschau«-App sei sein täglicher Begleiter, und wenn er abends zu Hause sei, würden »Tagesschau« oder »Tagesthemen« gesehen, sagt er. Er müsse Nachrichten nicht suchen, sie kämen zu ihm. Dafür sorge die

Bendix Manfeld / Privat

»Entdecken«-Funktion bei Instagram. Und je mehr politische Themen er abruft, desto mehr bekommt er angeboten. »Mittlerweile ist ja jede Partei und sind viele Zeitungen auf Instagram vertreten«, sagt Mansfeld. Er zählt sich zur Post-Facebook-Generation.

Aber auch Greenpeace erreicht ihn. Erst neulich, als bei der Fußballeuropameisterschaft ein Aktivist per Fallschirm im Stadion landete, sei er auf die Website gegangen und habe sich ein paar Artikel durchgelesen. Zu Fridays for Future habe er ein zwiespältiges Verhältnis. »Die Intention ist ja richtig«, aber die Bewegung sei ihm zu sehr auf Greta Thunberg zugeschnitten, die Medien berichteten zu viel über die Person. »Da geht die Message verloren.«

Dabei hält Mansfeld den Klimawandel für das wichtigste Thema dieser Zeit. »Die Erde wird überleben, aber es geht darum, ob wir auf der Erde weiterhin leben können.« Auch wenn er Achtung vor Angela Merkel habe, etwa vor »ihrer liberalen Einstellung oder ihrer Courage in der Flüchtlingskrise«, so traue er der CDU nach all den Jahren an der Macht nicht zu, das Problem anzupacken. Armin Laschet sagte nach der Flutkatastrophe, nur weil jetzt ein solcher Tag sei, ändere man nicht die Politik. Mansfeld fand den Satz schlimm. »Der leistet sich einen Fehltritt nach dem anderen.«

Ihm geht es nicht nur ums Klima. Waffenexporte nach Saudi-Arabien hält er für falsch, eine Vermögensteuer für richtig: »Ich habe zuletzt eine Statistik gelesen, wonach die 45 reichsten Menschen in Deutschland so viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der gesamten deutschen Bevölkerung.«

Er hat alle Kurzwahlprogramme der Parteien gelesen, auch den »Politnavi« gemacht, einen Orientierungstest, der einem seinen Standpunkt im politischen Spektrum aufzeigt. Der hat ihn zwischen den Grünen und den Linken eingeordnet. Mansfeld hat das Gefühl, dass die Linken am wenigsten in Affären verwickelt sind, dass ihnen Lobbyismus, Vorteilsannahme, Klüngelwirtschaft kaum nachgesagt werden können. Das ist ihm wichtig bei der Stimmabgabe. Auch die Grünen sind für ihn wählbar, »wegen der Richtung der Partei, nicht wegen Annalena Baerbock«.

Noch sei er unentschieden zwischen diesen beiden Optionen, noch stünden ein paar »emotionale Diskussionen« mit dem Vater aus, Konsens unwahrscheinlich.

Kevin Buck, 19,

arbeitet in einer Werkstatt in Eisingen. Er ist geistig behindert und hat einen gesetzlichen Betreuer. Er findet es gerecht, dass auch Menschen wie er jetzt wählen dürfen.

Seit er drei Jahre alt ist, lebt Kevin Buck in einer Einrichtung für Menschen mit geistiger Behinderung; seit Juli 2020 im St. Josefs-Stift im bayerischen Eisingen. Dort wohnt er in einer WG. Buck arbeitet ganztags in einer Werkstatt mit Metall und Holz. Er sagt, er sehe aus »wie ein fröhlicher, gesunder Mann«. Was stimmt. Er trägt ein blaues Hemd und eine schwarze Jeans, am Kinn wächst ein Flaum.

Kevin Buck hat einen gesetzlichen Betreuer, weil er seine Angelegenheiten nicht selbst regeln kann. Er ist geschäftsfähig, darf also Verträge unterschreiben, allerdings muss sein Betreuer solche Willenserklärungen bestätigen. Bis 2019 durften Menschen wie Kevin Buck nicht wählen, dann erklärte das Bundesverfassungsgericht den Ausschluss für einen Verstoß gegen das Grundgesetz. Buck sagt, es sei nur gerecht, dass er ein Stimmrecht besitze. Geistig Behinderte seien Mitglieder der Gesellschaft wie alle anderen auch, es gebe keine Menschen zweiter Klasse.

Bei einem Ausflug nach Berlin hat er die Kuppel des Reichstagsgebäudes besichtigt, in der Schule war er dreimal Klassensprecher. Vor vier Jahren, als den Schülerinnen und Schülern spielerisch erklärt wurde, wie Wahlen funktionieren, gründete er im Unterricht die »Kartoffel-Ketchup-Partei«. Er weiß, wer Angela Merkel ist, und meint, sie könne ruhig noch weitermachen als Kanzlerin. Den Namen Söder habe er schon mal gehört, und »es gibt Jens Spahn, das ist der mit dem Impfen«.

Wenn er für einen Tag Regierungschef wäre und drei Wünsche frei hätte? Sein erster Wunsch wäre, dass keine Autos mehr mit Benzin fahren dürfen. Der zweite: Internet für alle. Der dritte? Fällt ihm zuerst nicht ein. Dann sagt er: »Steinreiche Leute sollten nicht noch reicher werden. Die sollten was abgeben von ihrem Geld.«

Maik Großekathöfer / DER SPIEGEL

Kurz vor der Wahl wird er mit anderen Bewohnern und Bewohnerinnen des Stifts nach Würzburg ins Rathaus fahren. Auf einer Infoveranstaltung stellen Mitarbeiter einer Bildungseinrichtung für Menschen mit Behinderung die wichtigsten Parteien vor, außerdem präsentieren Direktkandidaten ihr Wahlprogramm in einfacher Sprache. Kevin Buck wird Briefwahl beantragen, das ist einfacher für ihn. Und am Wahlabend will er vorm Fernseher sitzen und gucken, wer gewonnen hat.

Tara B., 18,

Berufsschülerin aus Borgholzhausen, geht vielleicht nicht zur Wahl.

Tara Braham / Privat

SPIEGEL: Wissen Sie schon, wen Sie wählen?
Tara B.: Ich weiß noch nicht, ob ich überhaupt wählen gehe.
SPIEGEL: Warum?
Tara B.: Ich interessiere mich nicht so für Politik. Den Politikern sind Kinder und Jugendliche doch egal. Sie nehmen uns einfach nicht ernst, sondern kümmern sich nur um Leute mit Einkommen. Sie brauchen sich also nicht wundern, wenn sie keine jungen Wähler bekommen.
SPIEGEL: Wie wichtig sind Wahlen für Sie?
Tara B.: Meine Mutter meint, es gehe nicht, dass ich keine Stimme abgebe. Davon profitiere nur die AfD und könnte an die Macht kommen. Sie drängt mich deshalb ein bisschen.
SPIEGEL: Tendieren Sie zu einer Partei?
Tara B.: Bislang noch nicht.
SPIEGEL: Gar keine Idee?
Tara B.: Die Grünen finde ich ganz interessant, aber mir würde es nicht so viel bringen, sie zu wählen. Ich wohne auf dem Land und bin auf das Auto angewiesen. Was soll das also mit dem kostenlosen Nahverkehr?
SPIEGEL: Wissen Sie, wer die Kanzlerkandidaten sind?
Tara B.: Nein. Das ist bislang völlig an mir vorbeigegangen.

Maik Großekathöfer, Kristin Haug, Julia Jüttner, Alfred Weinzierl ■